



JUSO SCHWEIZ

FORMULAR PROJEKTVORSCHLÄGE 2021

Antragsstellende: Fernando Frauenfelder (JUSO Stadt ZH), Rachele Unternährer (JUSO Stadt Luzern), Leonie Traber (JUSO Stadt ZH), Zoe Sutter (JUSO Aargau), Laura Fischer (JUSO ZH Unterland), Anna Luna Frauchiger (JUSO Stadt ZH), Leah Heuri (JUSO Stadt ZH), Lea Gasser (JUSO Stadt ZH), Luca Dahinden (JUSO Stadt ZH)

Name des Projekts: Erweiterung der anerkannten Fluchtursachen & Wiedereinführung des Botschaftsasyls

1 Projektbeschreibung (maximal 2'000 Zeichen, inkl. Leerschläge)

Beschreibt euer Projekt im Allgemeinen: Worum geht es?

Flucht ist keine freie Entscheidung. Niemand kann sich den Geburtsort aussuchen. Wir Schweizer*innen haben das Privileg, in einem sicheren Land zu leben. Es herrscht kein Krieg und Menschen werden nicht strukturell verfolgt. Weltweit ist das allerdings in 3 von 5 Ländern Realität - systematische Diskriminierung und Misshandlungen sind an der Tagesordnung, in jedem 7. Land der Welt wütet ein bewaffneter Konflikt. Diese Ungleichheiten sind haarsträubend. Das Verhalten der Schweiz im Bezug auf die Lebenssituation flüchtender Menschen ist paradox, da eine grosse Verantwortung dafür bei den Staaten im globalen Norden liegt. Die Schweiz exportiert Waffen in Bürger*innenkriegsländer, der Finanzplatz verpestet Investitionen in CO2-Deals die Luft und verantwortet somit, dass die Lebensgrundlage vieler Menschen verschwindet. Unternehmen verlagern ihre Produktion in Länder mit schlechten Menschenrechts- und Umweltstandards, wodurch die Ausbeutung von Regionen in wirtschaftlicher Instabilität vorangetrieben

wird. Die unter anderem daraus resultierenden Notlagen werden als "selbstverschuldeten" Grund missbraucht, um Flucht zu delegitimieren.

Wir wollen, dass nicht mehr die persönliche Verfolgung, sondern die Betroffenheit von einer Krise die zentrale Rolle spielt. Die anerkannten Ursachen sollen erweitert werden auf die Klimakrise, Armut, Krieg und bewaffnete Konflikte, Hungersnöte, die Verfolgung aufgrund von sexueller Orientierung und Identität und geschlechtsspezifische Diskriminierung.

Es ist absurd, dass Menschen ihr Leben riskieren müssen in der Hoffnung auf ein besseres. Selbst mit der Erweiterung der Fluchtgründe ist die Sicherheit flüchtender Menschen nicht gewährleistet und sie sind Ausbeutung, Folter und Todesgefahr ausgesetzt. Unser Projekt will deshalb per Volksinitiative das Botschaftsasyl wieder einführen. Das bedeutet, dass ein Mensch in seinem Heimatland bereits ein Asylgesuch für die Schweiz einreichen kann, wodurch flüchtende Menschen mehr Schutz erfahren.

2 Kurzbeschreibung (maximal 400 Zeichen, inkl. Leerschläge)

Beschreibt euer Projekt in 4 kurzen Sätzen, als würdet ihr auf der Strasse dafür Unterschriften sammeln.

Wir wollen eine Initiative lancieren, die die Wiedereinführung des Botschaftsasyls fordert, damit sich flüchtende Menschen nicht mehr auf eine lebensgefährliche Reise begeben müssen. Zudem wollen wir die Fluchtgründe erweitern - Klimakrise, Hunger und Armut, Kriege und Verfolgung wegen der sexuellen Identität oder Orientierung sowie geschlechtsspezifische Diskriminierung sollen anerkannt werden.

3 Storytelling

Welche Geschichte kann die JUSO mit eurem Projekt erzählen?

Das Projekt hinterfragt fundamentale Wertvorstellungen unserer Gesellschaft. Es wirft die Frage auf, woher Menschen sich das Recht nehmen, über das Leben anderer zu entscheiden aufgrund ihres Geburtsorts. Indem wir alle Fluchtursachen anerkennen wollen, zeigen wir auf, dass es nicht eine Sache weniger weisser Männer*, die gemeinsam an einen Tisch sitzen, ist, über die Schicksale anderer zu urteilen. Ausserdem wird durch die Wiedereinführung des Botschaftsasyls die Absurdität der jetzigen Migrationspolitik aufgezeigt - wieso müssen Menschen den Tod riskieren, um, wenn sie Glück haben, den Schutz gewährt zu bekommen, der ihnen zusteht?

4 Anknüpfen an bisherige Projekte

Wie lässt sich euer Projekt mit den bisherigen Initiativen und nationalen Projekten der JUSO Schweiz verknüpfen?

Das Projekt knüpft an diverse Migrationskampagnen der JUSO an, wie Forderungen, Menschen auf der Flucht auf schnellere und unkomplizierte Weise zu helfen. Es führt dazu, dass die Schweiz mehr Flüchtende aufnimmt und mehr Verantwortung als reiches Land des globalen Nordens übernimmt, um die globale Ungleichheit zu bekämpfen.

5 Systemrelevanz

Inwiefern stellt euer Projekt wichtige Fragen, wie provoziert es? Welche neuen Gedanken bringt es auf das politische Parkett? Wie greifen wir damit die neoliberale Deutungshoheit an?

Die jetzige Migrationspolitik, gestützt auf das Genfer Flüchtlingsabkommen und Schengen/Dublin, setzt voraus, dass eine Gegenleistung erbracht werden muss, um Grund- und Menschenrechte der europäischen Menschenrechtskonvention zugestanden zu bekommen. Indem bewiesen werden muss, dass man persönlich verfolgt wird, werden die Ungerechtigkeiten auf der Welt als gegeben dargestellt - wehren darf sich nur, wer bereits Morddrohungen am Hals hatte, nicht aber, wer

aufgrund von Bürger*innenkrieg oder der Klimakrise die Lebensgrundlage verliert. Es betont die Intersektionalität und zeigt auf, dass viele globale Probleme aus dem Kapitalismus hervorgehen. Es stellt somit die für den Neoliberalismus zentrale hierarchischen Strukturen, die Ungleichheiten auf der Welt rechtfertigen, in Frage und soll die rhetorische Frage aufwerfen, ob ein Leben mehr Wert haben kann als ein anderes. Unser Projekt könnte weitergesponnen werden, bis hin zur Grenzproblematik und dafür plädieren, dass Grenzen abgeschafft gehören. Durch das Botschafts asyl wird zumindest auf eine Grenzaufweichung abgezielt. Der globalen Niederlassungsfreiheit käme man einen Schritt näher. Des Weiteren soll unsere Initiative die Verantwortung des globalen Nordens im Zusammenhang mit Fluchtursachen ins Zentrum des Migrationsdiskurses rücken. Die Schweiz wird aufgefordert, eine Vorreiter*innenrolle in der tödlichen Festung Europa einzunehmen und mit gutem Beispiel vorzugehen. Durch die Legalisierung der Fluchtwege und der Anerkennung vieler abgewiesener Geflüchteter wird die Zweiklassengesellschaft von Schweizer*innen und Ausländer*innen bekämpft. Das Projekt provoziert, weil es ein Migrationsprojekt ist, welches in die Offensive geht, anstatt nur das Schlimmste der Rechtspopulist*innen abzuwehren.

6 Anschlussfähigkeit

An welche herrschenden Debatten schliesst das Projekt an? Wieso ist das Projekt aktuell?

Die Migrationspolitik ist ein allgegenwärtiges Thema, das den bürgerlichen Parteien sehr viel Good Will einhandelt. Durch das Erschaffen eines gemeinsamen Feindbildes gelingt es besonders der SVP, jegliche Kämpfe auf Ausländer*innen abzuwälzen. Die Arbeitsplatzproblematik, die sie grosszügig ankurbeln, begründen sie mit dem "Arbeitsklau" der Geflüchteten und lenken somit von ihrer asozialen Elitenpolitik ab. Sie instrumentalisieren die Migrationsfrage, um immer mehr bei den Armen zu streichen und den Reichen das Portemonnaie zu füllen - die Steuerlöcher resultieren in ihrem Framing nicht aus einer 1%-freundlichen Steuerpolitik, sondern aus der überrissenen Sozialhilfe für geflüchtete Menschen. Somit könnte den bürgerlichen Parteien bei einer Enthüllung ihres migrationsfeindlichen Framings viel Wind aus den Segeln genommen werden in verschiedenen, intersektionalen Debatten. Die gesellschaftsfähigen Haltungen im Bezug auf Migrationspolitik rücken

immer mehr nach rechts. In Moria werden flüchtende Menschen von Nazis angegriffen, Hilfswerke müssen abreisen, weil sie sich um ihr eigenes Wohl fürchten müssen. Rechtsextremismus und polizeiliche Repression gegenüber Ausländer*innen hat eine besorgniserregende wachsende Tendenz. Zudem hat die Migrationsdebatte während Corona ein neues Ausmass angenommen. Sie hat die katastrophale Lage von Sans Papiers in ein neues Licht gerückt und aufgezeigt, wie riesig die Unterschiede zwischen akzeptablen Zuständen in der "normalen" Bevölkerung und akzeptablen Zuständen in Notunterkünften oder Bundesasylzentren sind. Mit Black Lives Matter wurde die Hierarchisierung und Schubladisierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft in einer neuen Dimension kritisiert.

7 Mobilisierung/Mitgliedergewinnung

Wie wirkt euer Projekt attraktiv auf Jugendliche ausserhalb der JUSO? Wo kann es uns helfen, junge Menschen für uns zu überzeugen?

Das Projekt wird sicherlich bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, da es ihnen bei Diskriminierung wegen der Herkunft die Hand reicht, gut ankommen. Dazu hat die Mittelmeerroute grosses Sensibilisierungspotenzial, wegen Schleuserbanden etc., gerade Jugendliche sind gut dafür zu sensibilisieren, dass Menschenrechte für alle gelten sollten. Und auch wenn das Projekt erst 2022 publik würde, knüpft es an an die BLM-Debatte an.

8 Ziele

Was sind die Ziele eures Projekts? Was soll mit der Kampagne erreicht werden?

Die grössten Ziele des Projekts sind, dass man ein Bewusstsein für die unmenschlichen Zustände schafft, den Graben zwischen Schweizer*innen und "Ausländer*innen" zu schliessen, sowie das Denken der Menschen anregen über die Ungerechtigkeiten in der Welt verursacht durch den Kapitalismus oder die Diskriminierung. Dem generellen "othering" soll entgegengewirkt werden. Auch

bekämpft es das 2-Klassenverständnis der SVP und anderen rechten Parteien/Bewegungen. Ein starker Abstimmungskampf kann diesem Verständnis Macht entziehen und durch unser eigenes ersetzen.

9 Neuheit

Gab es in den letzten 20 Jahren schon mal ein Projekt wie das eurige (national oder international)? Wenn ja, berichtet davon.

Am 6.5.2015 wurde von der SP eine Forderung im Nationalrat eingereicht. Der Bundesrat wurde dazu aufgefordert, alles daran zusetzen, dass sich die EU für die Einführung des Botschaftsasyls stark machte. Die Forderung wurde jedoch mit der Begründung, dass nur die Schweiz dieses Asylgesuchs in Betracht zog, abgeschmettert. Es wurde befürchtet, dass die Schweiz mit einer grossen Anzahl von Asylgesuchen konfrontiert wird, falls das Botschaftsasyl in Kraft treten würde. Der Bundesrat lehnte deshalb 2015 die Forderung bestimmt ab.

10 Im Falle eines Initiativprojekts: Rechtsgültigkeit

Wahrt euer Initiativvorschlag die Einheit der Materie? Ist er, eurer Meinung nach, rechtsgültig und umsetzbar? (Bei Unsicherheiten in diesem Bereich könnt ihr euch gerne an die GL wenden)

Der Grundsatz der Einheit der Materie ist ein Rechtsinstitut der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Er besagt, dass zwischen den einzelnen Teilen einer Abstimmungsvorlage ein sachlicher Zusammenhang bestehen muss. Dies ist gegeben bei unserem Projekt. Zwischen der Einführung von Botschaftsasyl und der Erweiterung der Fluchtgründe besteht ein sachlicher Zusammenhang. Beide Aspekte betreffen die Migrations- bzw. Asylpolitik und somit ist es legitim, diese zu kombinieren.